

WKF-02 Mutiges GRÜNES- Sofortprogramm für Klimaschutz!

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Im Jahr 2015 hat sich die Weltgemeinschaft in Paris gemeinsam das Ziel gesetzt, die
- 2 globale
- 3 Erhitzung deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C zu halten, um heutigen wie folgenden
- 4 Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Die Klimaforschung ist sich
- 5 einig: Nur
- 6 wenn sämtliche Planungen und Maßnahmen auf das 1,5 Grad-Ziel gemäß des Pariser
- 7 Vertrags
- 8 ausgerichtet werden, lassen sich die dramatischen Folgen eines globalen
- 9 Temperaturanstieges
- 10 begrenzen. Der Kampf gegen die globale Überhitzung unseres ist die vorrangige
- 11 Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts. Daher fordern wir GRÜNE, das
- 12 anspruchsvolle Ziel
- 13 einer maximalen Erhitzung von 1,5°C zum Leitmotiv des Klimaschutzpfades in
- 14 Deutschland zu
- 15 machen. Schon eine Erhitzung von 2 Grad würde die Lebensgrundlage von bis zu 500
- 16 Millionen
- 17 Menschen weltweit bedrohen - unter anderem durch Wassermangel und durch die
- 18 Ausdehnung von
- 19 Wüsten. Dabei geht es nicht mehr um ein fernes Zukunftsszenario: Die gravierende
- 20 Klimakatastrophe zwingt schon heute weltweit mehr Menschen zur Flucht als
- 21 sämtliche Kriege
- 22 zusammen. Und auch mitten in Europa zeigen sich die Auswirkungen der Klimakrise
- 23 mehr und
- 24 mehr: Denken wir doch nur an den Extremsommer im vergangenen Jahr und in diesem
- 25 Jahr - 30
- 26 Grad Celsius am Polarkreis, Waldbrände von Griechenland bis Schweden, ausgedörrte
- 27 Landschaften und Ernteauffälle in halb Europa.
- 28 Wir müssen viel schneller werden als zwischenzeitlich gedacht, weil wichtige Jahre und
- 29 Jahrzehnte lang der ernsthafte Klimaschutz verschlafen wurden. Wir werden unsere
- 30 Politik
- 31 danach ausrichten, im Zeitraum zwischen 2035 und 2040 Klimaneutralität erreicht zu
- 32 haben.
- 33 Die Ideen, Instrumente und Technologien für ernsthaften Klimaschutz sind vorhanden.
- 34 Die
- 35 Unterstützung in der Bevölkerung wächst und wächst. Die Kinder, von denen wir
- 36 unsere Erde
- 37 nur geborgt haben, gehen zu Hunderttausenden für Klimaschutz auf die Straße. Etliche
- 38 Unternehmen haben sich auf den Weg gemacht, weil sie wissen, dass eine Green
- 39 Economy neue
- 40 Wertschöpfungsketten und neue Arbeitsplätze schaffen wird. Klimaschutz ist nicht nur

die
25 ökologische Schicksalsfrage, sondern auch maßgeblich für die Zukunft unserer
Wirtschaft:

26 Eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise achtet weltweit Menschen-
und
27 Tierrechte, hält die planetaren Belastungsgrenzen ein und wagt eine Abkehr von
maßloser
28 Überproduktion und Massenkonsum. Nicht nur im Interesse des Industriestandortes,
sondern im
29 Interesse der Menschen, des Gewerbes und des Handels ist der Übergang zu einer
30 ressourcenleichten Produktion ohne Klimabelastung zu erzielen. Nur so schaffen wir
ein
31 dauerhaft lebenswertes Deutschland und erhalten unseren lebenswerten Planeten so,
wie wir
32 ihn bisher kennen. Wir wünschen uns, dass Klimaschutz als Chance für wirtschaftlichen
33 Erfolg, nachhaltiges Unternehmertum und Innovation sowie Motor des Arbeitsmarktes
begriffen
34 wird. Wir erwarten die Weiterentwicklung unserer Sozialen Marktwirtschaft im Sinne
eines
35 sozio-ökologischen Wirtschaftsmodells, das die breit diskutierten Ideen von
Postwachstum,
36 Kreislaufwirtschaft und Gemeinwohlökonomie einbezieht.

37 Die Europawahl und die Fridays-for-Future-Bewegung zeigen, dass die Bürger*innen
38 konsequenten Klimaschutz wollen und keine parteipolitische Bedenkenträgerei. Es
braucht
39 jetzt einen gemeinsamen gesamtgesellschaftlichen und politischen Kraftakt, um den
Pariser
40 Klimavertrag zu erfüllen und unserer und besonders allen zukünftigen Generationen
die Chance
41 zu geben, weiter in Freiheit zu leben. Es ist daher allerhöchste Zeit, dass die
42 Bundesregierung mit ambitionierten Maßnahmen den Klimaschutz in unserem Land
vorantreibt,
43 statt ihn weiter zu blockieren. Wir legen hier ein Sofortprogramm vor, mit dem Bund
und
44 Länder den Klimaschutz jetzt gemeinsam voranbringen können. Dies ist gleichzeitig
ein
45 Forderungskatalog an die Bundesregierung. Das Klimakabinett muss umgehend
entscheidende
46 Weichen stellen, und zwar in folgenden drei Bereichen:

47 1. Die zügige Einleitung des **Kohleausstiegs und der Abschluss desselben bis**
2030, viel mehr
48 Schwung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine effizientere Nutzung von
Energie

49 2. Einen **CO₂-Preis von anfänglich mindestens 60 Euro pro Tonne**, der
ökologisch wirksam,
50 sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll ist – damit klimafreundliches Verhalten belohnt
und
51 klimaschädliches Verhalten verteuert wird

52 3. Ein **Klimaschutzgesetz**, das den gesetzlichen Rahmen für konkrete Maßnahmen in
53 allen
54 Sektoren schafft und so für Planungssicherheit sorgt für die Bereiche Wärme, Verkehr,
55 Industrie und Landwirtschaft.

55 **Zentrale Forderungen vorab zusammengefasst:**

- 56 • Eine sektorübergreifende CO₂-Bepreisung in Höhe von zunächst **60 € pro Tonne**
57 **CO₂-**
58 **Äquivalent** ist einzuführen. Die Einnahmen werden den Bürger*innen durch eine
59 deutliche
60 Absenkung der Stromsteuer und durch eine jährlich auszahlende Pro-Kopf-
61 Klimaprämie
62 vollständig zurückgegeben. Davon profitieren vor alle Menschen mit geringere
63 Einkommen.
- 61 • Wir wollen den **Kohleausstieg spätestens bis zum Jahr 2030**, dies muss
62 gesetzlich
63 verankert werden.
- 63 • Der Ausbaudeckel bei erneuerbaren Energien und die EEG-Umlage für den
64 Eigenverbrauch
65 sind umgehend zu streichen. Denn das Ziel ist: **100 Prozent Erneuerbarer**
66 **Strom in 2030.**
67 Solarkraftwerke insbesondere an Autobahnen und Schienen und Windparks bis
68 18 MW
69 Leistung müssen ohne Ausschreibungen möglich gemacht werden.
- 67 • Die Befreiung von der EEG-Umlage muss strikt auf Betriebe begrenzt werden, die
68 nachweislich einen erheblichen Wettbewerbsnachteil aufgrund eines im
69 internationalen
70 Vergleich höheren Industrie-Strompreises haben.
- 70 • Neuzulassungen von mit fossilen Kraftstoffen betriebenen **PKW** werden ab dem
71 Jahr **2030**
72 untersagt. Solange noch mit fossilen Kraftstoffen angetriebene Kraftfahrzeuge
73 auf dem
74 Markt sind, wird solle die Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge durch ein
75 Bonus-
76 Malus-System gefördert werden.
- 74 • Wir setzen auf jährlich angepasste Zulassungsquoten zur schrittweisen
75 Reduzierung der
76 fossiler LKW, Busse, Baumaschinen, Nutzfahrzeuge, Traktoren und Schiffe, die
77 spätestens ab dem Jahr **2032** nur noch mit erneuerbaren Antrieben neu
78 zugelassen werden.
79 Flugzeuge und Hubschrauber werden spätestens ab dem Jahr **2035** nur noch mit
80 erneuerbaren Antrieben zugelassen.
- 79 • Die **LKW-Maut** ist auf alle Straßen und alle Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen
80 auszuweiten.
LKW mit geringen CO₂-Emissionen werden unterhalb eines nutzlastabhängigen

- 81 Schwellenwertes befristet von der Maut entlastet; CO2-freie Fahrzeuge werden
82 vollständig von der Maut befreit.
- 83 • Eine **Investitionsoffensive Bahn** starten: Das Kaputtsparen muss aufhören.
84 Der traurige
85 Zustand unseres Schienennetzes und die Unzuverlässigkeit der Bahn liegen
86 insbesondere
87 in der Vernachlässigung von Ausbau und Unterhaltung. Die jährlichen
88 Investitionen pro
89 Person und Jahr in Deutschland liegen bei 60 Euro. In Österreich dagegen wird die
90 vierfache Summe, in der Schweiz sogar die sechsfache Summe ausgegeben.
91 Kurzfristig
92 müssen die Ausgaben für die Bahn verdoppelt, mittelfristig eher vervierfacht
93 werden.
94 Der Mehrwertsteuersatz ist im ersten Schritt auf sieben Prozent zu senken,
95 mittelfristig ist die Bahn von der Mehrwertsteuer zu befreien. Im innerdeutschen
96 Verkehr muss die Bahn in Qualität und Preis zu einer echten Alternative zum
97 Inlandsflugverkehr werden. Dazu muss die Schieneninfrastruktur entsprechend
98 ausgebaut
99 und das Angebot z.B. auch durch Nachtzüge ausgebaut werden. Gleiches gilt für
100 die
101 Attraktivierung der Bahn im Güterverkehr.
 - 102 • Den Flugverkehr in die CO2-Bepreisung einbeziehen, **Kerosin wie Benzin**
103 **besteuern.**
 - 104 • Die **vollständige steuerliche Absetzbarkeit der energetischen**
105 **Gebäudesanierung** für
106 selbstnutzende Eigentümer*innen ab Januar 2020 einführen. Die Förderung der
107 energetischen Gebäudesanierung muss deutlich steigern.
 - 108 • Eine Einspeiseverpflichtung der Netzbetreiber für **CO2-neutral produzierten**
109 **Wasserstoff**
110 **in das Erdgasnetz.** Dabei erhöht sich der prozentuale Anteil des
111 einzuspeisenden CO2-
112 neutralen Wasserstoffs entsprechend der Produktion aus Wind- und Sonnenstrom.
 - 113 • **Bäume pflanzen:** Ab sofort sollten mindestens 0,5% des Bundeshaushaltes in
114 Programme
115 zur globalen Baumpflanzung fließen.
- 116 Wir können jetzt zeigen, dass Klimaschutz, wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand und
117 gesellschaftlicher Zusammenhalt in einem Industrieland im 21. Jahrhundert Hand in
118 Hand
119 gehen. Wir würden massiv davon profitieren - sowohl durch höhere Lebensqualität, als
120 auch
121 mit Blick auf Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze der Zukunft. In Deutschland gibt es
122 mehr
123 als genug Energie und Ideenreichtum, um die entscheidenden Zukunftsfrage des 21.
124 Jahrhunderts wieder entschlossen anzugehen. Der Moment dafür ist jetzt. Klare und

mutige
110 Entscheidungen sind erforderlich.
111 Dieses Papier ist auch ein Angebot zur Zusammenarbeit. Wir haben konkrete
Vorschläge
112 formuliert. Für ihre Umsetzung bieten wir sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat
unsere
113 Unterstützung an. Entscheidend ist, dass Deutschland seine nationalen, europäischen
und
114 international verbindlich zugesagten Ziele erreicht. Über den besten und schnellsten
Weg
115 dorthin sind wir offen für jeden konstruktiven Dialog.

116 **(1) Kohleausstieg einleiten, Energiewende beschleunigen**

117 Der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien ist entscheidend für wirksamen und
118 erfolgreichen Klimaschutz, denn nicht nur der Strombereich, sondern auch der Wärme-
und
119 Verkehrssektor werden zukünftig massiv erneuerbare Energie benötigen. Hierfür
müssen wir
120 Verkehr und Wärme zunehmend elektrisch versorgen und aus Strom Wasserstoff und
Gas machen.
121 Dieser Ausbau wird derzeit vom klimaschädlichen Kohlestrom blockiert, für den nicht
nur
122 jährlich 240 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft geblasen werden, sondern der auch die
Netze
123 verstopft und gegenüber den Erneuerbaren einen unfairen Wettbewerbsvorteil hat.
124 Deutschland muss sich seinen Möglichkeiten entsprechend ambitionierte und
verbindliche Ziele
125 setzen. Wir GRÜNE fordern deshalb, dass sich Deutschland in einem
Klimaschutzgesetz das Ziel
126 setzt, mehr als 75 Prozent der Treibhausgasemissionen - (bezogen auf 1990) bis 2030
127 einzusparen. Dabei müssen die Maßnahmen so gewählt werden, dass sie in Ihrer
Gesamtheit
128 geeignet sind dieses Ziel zu erfüllen. Die bisherigen Zielsetzungen der schwarz-roten
129 Bundesregierung sind absolut nicht ausreichend.

130 **a) Kohleausstiegsgesetz**

131 Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohle-Kommission „Wachstum,
Strukturwandel,
132 Beschäftigung“ hatte bereits Ende Januar 2019 einen Kompromiss für den Ausstieg aus
der
133 Kohleverstromung vorgelegt. Auch viele Monate später hat es die Große Koalition nicht
134 geschafft, den Kohleausstieg einzuleiten. Um schnell Planungssicherheit zu schaffen,
muss
135 jetzt unverzüglich, wie in der Kohle-Kommission vereinbart, im Rahmen von
transparenten
136 Gesprächen ein verbindlicher Abschaltplan vorgelegt werden, damit

- 137 • bis Ende 2022 mindestens rund ein Viertel der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel
138 der Steinkohlekapazitäten abgeschaltet werden,
139 • für die Zeit nach 2022 ein verbindlicher Abschaltplan von Kohlekraftwerken, deren
140 Betriebsdauer länger als 25 Jahre – und damit weitgehend entschädigungsfrei – ist,
141 verbunden mit einer Übergangsfrist zur Abschaltung von drei bis vier Jahren, festgelegt wird
142 • und sichergestellt wird, dass das Strukturfördergesetz mit einem Volumen von 40
143 Milliarden Euro an konkrete Abschaltungen gekoppelt wird.

144 **b) Energiewende beschleunigen**

- 145 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, von Speichern und Netzen, muss dringend
146 beschleunigt werden. Das ist genauso klimapolitisch notwendig wie ökonomisch vernünftig, denn
147 Energie aus Wind und Sonne sind heute schon günstiger als neue Gas- und Kohlekraftwerke.
148 Während weltweit immer mehr in Erneuerbare investiert wird, brechen im Land der Erfindung
149 der „Energiewende“ die Investitionen ein. Um die Segel wieder in den Wind zu stellen,
150 wollen wir bestehende regulatorische Hemmnisse beseitigen und so „ermöglichen“ statt
151 „verhindern“. Denn was wir derzeit erleben, ist das genaue Gegenteil. Trotz Klagen aus Energiewirtschaft
152 und Industrie bleibt die Bundesregierung untätig, obwohl die Unternehmen dringenden
153 Klärungsbedarf haben und am überbordenden Maß bürokratischer Regeln verzweifeln.
154 Wie geht es weiter, wenn der Ausbaudeckel von 52 GW für Solarenergie Mitte kommenden Jahres
155 erreicht sein wird? Was passiert mit funktionstüchtigen aber nicht mehr geförderten Wind-, PV-
156 und Biomasseanlagen, die es ab 2021 immer häufiger geben wird? Warum macht man
157 Speicher unrentabel, indem man sie doppelt mit Steuern und Umlagen belegt? Darf bald jeder
158 wahlkämpfende Landespolitiker sein Bundesland zur Tabuzone für den Windkraftausbau erklären?
159 Diese und viele weitere Fragen stehen unbeantwortet im Raum und versprühen das
160 Gift der Verunsicherung in einer Branche, die Milliardeninvestitionen zu stemmen hat und die
161 dringend Planungssicherheit braucht.
162 Seit mehr als zwei Jahren beobachten wir einen Stillstand der Rechtssetzung, und
163 immer wieder gab es Vorschläge, die den Zubau der Erneuerbaren weiter ausbremsen.
164 Zahlreiche Bundesratsinitiativen aller Länder zeugen aber davon, dass es anders gehen kann,

- wenn man
165 will:
- 166 • Es gilt alle Deckel im EEG zu streichen, damit die klimafeindliche Begrenzung des
167 Ökostromausbaus beendet wird. Insbesondere den Ausbau der Windenergie an Land
und den der
168 Solarenergie müssen wir beschleunigen. Unser Ziel ist entsprechend
wissenschaftlicher
169 Empfehlungen (Sektorkopplungsstudie Prof. Dr. Quaschnig) ein Zubau von jährlich
mindestens
170 6 GW netto Wind an Land, 3 GW netto Wind auf See und 15 GW netto Photovoltaik.
Uns ist klar,
171 dass diese Anhebung des Zubaus an erneuerbaren Energie-Kraftwerken nicht von
heute auf
172 morgen möglich sein wird, weil die amtierende schwarz-rote Bundesregierung den
Zubau der
173 Erneuerbaren zu effektiv und verbunden mit viel Bürokratie vor die Wand gefahren
hat. Durch
174 vereinfachte Genehmigungsverfahren, die Bereitstellung von Flächen in öffentlicher
Hand, die
175 Nutzung aller zur Solarenergienutzung geeigneten Dächer öffentlicher Gebäude wie
Schulen,
176 Turnhallen, Finanzämter, Polizeistationen, Kasernen usw. und durch weitere geeignete
177 Maßnahmen werden wir den Ausbau der Erneuerbaren aber wieder viel attraktiver und
planbarer
178 machen und das Tempo des Ausbaus der Erneuerbaren um ein Vielfaches steigern und
2030 bei
179 100% Ökostrom angekommen zu sein.
 - 180 • Die Einführung von Ausschreibungen hat zu einer erheblichen Reduzierung der noch
in der
181 Entwicklung stehenden Projekte geführt, die Einführung der Ausschreibungsmodelle
müssen
182 zurückgenommen werden. Die EU lässt auf Grundlage ihrer so genannten De-minimis-
Regelungen
183 ausdrücklich Ausnahmen von Ausschreibungen bei kleineren Anlagen zu. Diese
Ausnahmen müssen
184 genutzt werden, damit wieder mehr lokale und regionale Wertschöpfung bei den
Menschen
185 bleibt.
 - 186 • Um das Potential unserer Städte und Industriegebiete für den PV-Ausbau zu nutzen,
müssen
187 wir die Mieterstromregelungen vereinfachen, Rechtssicherheit für Vermieter*innen
schaffen
188 und die Ausschreibungen so anpassen, dass alle, die bauen wollen, auch zum Zuge
kommen
189 können. Außerdem muss die Solarenergie im Außenbereich ebenso wie die Windkraft
privilegiert
190 werden.
 - 191 • Das größte Hemmnis für den Zubau, insbesondere der Windkraft, ist ein Mangel an
Flächen.

- 192 Nur wenn rechtssicher Standorte zur Verfügung stehen, werden Planungen in Angriff
genommen.
- 193 Wir brauchen darum ein nationales Flächenziel Windkraft und eine Überprüfung der
bestehenden
- 194 Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und Naturschutz sowie des
Planungsrechts.
- 195 Zudem brauchen wir klare und einheitliche Leitlinien für die Koexistenz von
Windenergie und
- 196 Naturschutz. Um den Ausbau der Windkraft überall in Deutschland voranzubringen,
muss er
- 197 regional ausgeglichen erfolgen und mit den Zielen des Netzentwicklungsplans im
Einklang
- 198 stehen. Die im Netzausbaubereich vorgenommenen Einschränkungen im Norden des
Landes müssen
- 199 aufgehoben werden.
- 200 • Gemeinsam mit Betreibern bestehender Wind-, PV- und Biogasanlagen wollen wir
neue
- 201 Geschäftsmodelle entwickeln und alle Regelungen streichen, die einen wirtschaftlichen
Weiterbetrieb behindern. Auch Repowering muss am gleichen Standort möglich
bleiben.
- 202
- 203 • Mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz 2.0 hat die Bundesregierung gerade den
- 204 Rechtsrahmen für den Netzausbau angepasst. Die Wirkung bleibt zunächst
abzuwarten und muss
- 205 engmaschig überwacht werden, um keine weiteren Verzögerungen beim
Stromtransport zu
- 206 riskieren.
- 207 • Wir fordern, dass der Ausbau auf Grundlage eines 100 Prozent erneuerbaren
Energieszenarios
- 208 geplant und umgesetzt wird. Um keine Potentiale zu verschenken, wollen wir alle
Trassen, die
- 209 neu gebaut werden, mit den maximalen Transportkapazitäten, also 525 KV-Leitungen,
210 ausstatten.
- 211 • Wir wollen, dass die für eine erfolgreiche Energiewende dringend benötigten
212 Speicherkapazitäten nicht länger künstlich aus dem Markt gedrückt werden. Hierfür
muss der
- 213 gespeicherte Strom von Letztverbraucherabgaben befreit werden. Dabei dürfen
Netzausbau und
- 214 Speicher kein Widerspruch sein. Auf dem Weg in die Erneuerbare Welt brauchen wir
beides
- 215 gleichermaßen.
- 216 • Sinnvoll für einen schnellen Ausbau der Solarenergienutzung auf Dachflächen ist
eine
- 217 deutliche Anhebung der Vergütung pro kw/h. Die Ausschreibungspflicht für PV-Anlagen
auf
- 218 Gebäuden entfällt, Eigenverbrauch auch in Zeiten des Einspeisemanagements wird
ermöglicht

219 und die EEG-Umlage auf Eigenverbrauch abgeschafft, die Einspeisepflicht aufgehoben.
220 Weil wir
221 eine Vervielfachung der Solarenergieproduktion benötigen, setzen wir uns für die
222 Abschaffung
223 der Restriktionen zur Zulassung weiterer Flächen für einen schnellen PV-Ausbau ein.
224 Bisher
225 werden nur wenige Flächen im EEG als vergütungsberechtigt vorgesehen.

226 • Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Bereich von 110 m beiderseits von Autobahnen
227 und
228 Schienen sollen als landwirtschaftliche Nutzung, als sogenannte "Sonnen-Ernte",
229 gelten.
230 Dadurch sind für diesen Bereich weder Flächennutzungsplan (F-Plan) noch
231 Bebauungsplan (B-
232 Plan) anzupassen und der Ausbau der Solarenergienutzung ist zeitnah machbar. Die
233 Verankerung
234 im Erdreich erfolgt dabei ohne Beton, sondern durch demontierbare Erdanker bzw.
235 Erdschrauben. Und nachhaltig betriebene PV-Freiflächenanlagen sind deutlich
236 insekten- und
237 vogelfreundlicher als konventionell betriebene landwirtschaftliche Ackerflächen.

238 **(2) Ein fairer und ehrlicher Preis für CO₂-Ausstoß**

239 Nur wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen, werden ökonomische Anreize für
240 Klimaschutz gesetzt. Eine kohlenstoffneutrale Wirtschaft wird dann erreichbar sein,
241 wenn
242 Produktivität und Profitabilität sich auch daran bemisst, wie viel CO₂ ausgestoßen
243 wurde.

244 Mit einem jährlich steigenden CO₂-Preis tragen wir dazu bei, dass es einen einfachen,
245 marktwirtschaftlichen Mechanismus gibt: Wer sorgsam mit unseren endlichen
246 Ressourcen umgeht,
247 hat auf dem Markt eine Wettbewerbsvorteil vor dem, dessen Verhalten das Klima
248 schädigt.
249 Klimaschutz wird billiger. Klimazerstörung, deren Kosten bisher von der Allgemeinheit
250 getragen werden, wird teurer. Heute ist es vielfach anders herum – das wollen wir
251 ändern.

252 Wir wollen dem Ausstoß von CO₂ einen fairen Preis geben, der die ökonomischen
253 Fehlanreize
254 insbesondere im Verkehrs- und Wärmesektor beendet. Fossile Kraft- und Brennstoffe
255 sollen
256 deshalb mit einem Aufschlag auf den Marktpreis belegt werden. Dieser Aufschlag soll
257 mittelfristig die Kosten der Klimaschäden abbilden. Damit dies sozial ausgewogen
258 möglich ist
259 und zugleich berücksichtigt, dass es in strukturschwachen Regionen mancherorts
260 derzeit nur
261 begrenzt klimafreundliche Alternativen (wie z.B. einen starken ÖPNV) gibt, sollten die
262 Einnahmen als Senkung der Stromsteuer und als Energiegeld an alle Bürger*innen
263 wieder
264 zurückgehen. Wer das Klima schont, zahlt weniger ein als er rausbekommt und hat am
265 Jahresende Plus gemacht. Wer das Klima schädigt, zahlt dafür. Das gilt auch für

Unternehmen.

248 Dadurch erhöhen wir den Anreiz, auf klimafreundliche Technologien umzustellen und in

249 Erneuerbare Energien und Effizienz zu investieren.

250 Drei Grundprinzipien sind für uns entscheidend:

251 • ökologisch wirksam: Es sollen möglichst viele Sektoren erfasst werden und der Preis
252 möglichst schnell eine Lenkungswirkung haben, die eine Einhaltung der Klimaziele
ermöglicht.

253 Die CO₂-Preise sollen sich deshalb mittelfristig an den realen CO₂-Schadenskosten
254 orientieren. Außerdem kommt es darauf an, den CO₂-Preis zügig einzuführen. Wir
können bei

255 der Rettung des Klimas nicht erneut Jahre verschenken.

256 • sozial gerecht: Wir wollen die Bepreisung von CO₂ aufkommensneutral durchführen.
Der Staat

257 erhält keine neuen Einnahmen, sondern die Mittel fließen wieder an die Bürger*innen
sowie

258 die Wirtschaft zurück. Außerdem soll der CO₂-Preis so festgesetzt werden, dass
dadurch von

259 Beginn an der Umstieg zu klimafreundlicheren Technologien gefördert wird.

260 • ökonomisch sinnvoll: Versorgungssicherheit und Rentabilität von energieintensiven
Branchen

261 dürfen nicht gefährdet werden, um zu verhindern, dass energieintensive
Industriezweige ins

262 Ausland verlagert werden. Das würde unserem Land schaden, ohne dass damit etwas
für das

263 Klima gewonnen wäre. Dafür ist eine angemessene, planbare und verlässliche
Entwicklung des

264 Preises für CO₂ genauso entscheidend wie die Förderung von klimafreundlichen
Alternativen

265 und ein steuerlicher CO₂-Grenzausgleich: Importierte Produkte, bei deren Herstellung
viel

266 CO₂ oder CH₄ (Methan) freigesetzt wird, werden mit der heimischen CO₂-Steuer
belastet bis

267 der exportierende Staat selber eine CO₂-Steuer in ähnlicher Höhe wie in Deutschland
erhebt.

268 Unternehmen, die in Deutschland produzieren und die am Emissionshandel EU ETS
beteiligt

269 sind, bekommen ihre Aufwendungen für Emissionszertifikate in voller Höhe erstattet,
sofern

270 die CO₂-Steuer höher ist als der Zertifikatpreis.

271 **Eckpunkte eines CO₂-Preises**

272 (A) Erhebung:

273 Wir wollen in Deutschland zeitnah einen CO₂-Preis einführen. Davon sind zwei
Bereiche

274 betroffen:

275 • Für den Verkehrs- und Wärmesektor – also den Bereichen, in denen die

276 Klimaschutzfortschritte bisher am geringsten sind – sollen die Energiesteuern auf

Benzin,
277 Diesel, Kerosin, Heizöl, Braunkohle, Steinkohle, Erdgas, Heizkohle und Heizgas um eine
CO₂-
278 Preis-Komponente entsprechend der jeweiligen CO₂-Emission ergänzt werden. Hier
schlagen wir
279 einen Einstiegspreis von **60 Euro/t CO₂- Emission** vor. Dieser CO₂-Mindestpreis soll
in jedem
280 Jahr um mindestens 10% steigen und gilt äquivalent zur Klimaschädigung auch für
281 Methanemissionen.

282 • In der Folge soll auch für den Bereich des Emissionshandels ein **CO₂- Mindestpreis**
in Höhe
283 von möglichst schnell **60 Euro/t** gelten, um die Klimaziele zu erreichen. Unsere
Nachbarn
284 Frankreich und die Niederlande drängen darauf, gemeinsam den Schritt eines
abgestimmten
285 Mindestpreises zu gehen; dem sollte sich Deutschland anschließen.

286 Mit dieser Forderung bleiben wir zwar weit hinter den Berechnungen des
Umweltbundesamtes mit
287 180 Euro pro Tonne CO₂- Emission, so hoch sei der Schaden an Klima und Umwelt, den
jede
288 Tonne verursache. Um allen Wirtschaftszweigen einen kalkulierbaren Übergang zu
ermöglichen
289 steigen wir nicht in dieser Höhe der CO₂-Bepreisung ein. Allerdings entsprechen
unsere
290 Forderung denen des Internationalen Währungsfonds, der vor den Kosten der
Erderhitzung warnt
291 und einen Preis von etwa 60 Euro pro Tonne Co₂-Emission vorschlägt.

292 Die konkrete Preisentwicklung in beiden Bereichen muss sich an den Zielen der
Klimapolitik
293 ausrichten. Zentral ist, dass die CO₂-Bepreisung durch weitere klimapolitische
Maßnahmen in
294 jedem Sektor ergänzt wird. Umfassende Förderprogramme für eine klimafreundliche
295 Wirtschaftsweise (Dekarbonisierung der Industrie, Programme für Flottenumstellung
auf E-
296 Mobilität etc.), wie sie teilweise im Energie- und Klimafonds bereits eingestellt sind
sowie
297 Programme für weitere notwendige Anpassungen müssen zusätzlich zur Entlastung
durch den
298 niedrigeren Strompreis effizienter und wirtschaftlich sinnvoller umgesetzt bzw. neu
299 aufgelegt werden. Je mehr CO₂-Einsparung durch andere klimapolitische Instrumente
erreicht
300 wird, desto moderater kann die Preissteigerung in dem jeweiligen Sektor erfolgen.
Dabei ist
301 Planbarkeit von entscheidender Bedeutung, so dass wir ein unabhängiges Gremium
vorschlagen,
302 das die stetige und lange angekündigte Preisanpassung vornimmt, die sich an den drei
oben
303 genannten Parametern ausrichtet. Insbesondere bei absehbaren Zielverfehlungen
müssen die
304 Preise für die entsprechenden Emissionssektoren angepasst werden.

305 (B) Rückzahlung:

306 Auch für die Rückzahlung gilt: Sie soll ökologisch wirksam, sozial gerecht und
ökonomisch

307 sinnvoll sein. Deshalb schlagen wir zwei Wege der Rückzahlung vor.

308 • Wir wollen die Stromsteuer nahezu abschaffen, indem wir sie auf den EU-Mindestsatz
von 0,1

309 bzw. 0,05 ct/kWh abzusenken. Das bringt für die Stromkund*innen eine Entlastung von
6,5 Mrd.

310 Euro und führt dazu, dass in allen Sektoren die Wende hin zu Erneuerbaren Energien
311 beschleunigt wird. Außerdem wird damit die ungleiche Belastung zwischen privaten
Haushalten,

312 Gewerbetreibenden und Mittelstand auf der einen Seite und Teilen der Industrie, die
bereits

313 heute privilegiert sind auf der anderen Seite reduziert.

314 • Da nicht alle Bürger*innen – gerade im ländlichen Raum – von heute auf morgen auf
315 umweltfreundliche Fahrzeuge und Heizungen umsteigen können, wollen wir die Kosten
eines CO₂-

316 Preises sozial abfedern und daher allen Bürger*innen mindestens je 150 Euro pro Jahr
als

317 Energiegeld zurückzahlen, ausdrücklich auch Kinder ab Geburt. Diese Form der
Entlastung hat

318 sich bereits in anderen Ländern wie der Schweiz bewährt. Haushalte mit vier Personen
319 bekommen so mindestens 600 Euro pro Jahr erstattet, der Strompreis verringert sich
durch die

320 Abschaffung der Stromsteuer durchschnittlich um weitere 60 Euro pro Jahr. Diese
321 Rückerstattung soll nicht auf die Sozialleistungen angerechnet werden.

322 Durch die beiden Rückzahlungsmodelle werden insbesondere die entlastet, die wenig
323 klimaschädliche Energieträger verbrauchen. In der Regel steigt der Energieverbrauch –
und

324 damit die Kosten - mit dem Einkommen. Durch die einheitliche Höhe der Rückzahlung
für alle

325 Bürger*innen ist das Modell sozial ausgewogen. Dadurch profitieren Menschen mit
geringem

326 Einkommen überproportional. Dennoch wird es Härtefälle geben, die wir im Blick
behalten

327 wollen.

328 Deshalb wollen wir zusätzlich Förderprogramme sowohl für Unternehmen als auch für
329 Privathaushalte auflegen. Damit werden wir z.B. Umstieg von Heizungen, die mit
fossilen

330 Brennstoffen betrieben werden, hin zu Wärmepumpen, Pelletheizungen und
klimaneutralen Nah-

331 und Fernwärmenetzen beschleunigen. Im Mietwohnungsbestand wollen wir ein
besonderes

332 Augenmerk auf Quartierslösungen legen. Für den Umstieg auf klimaneutrale
Verkehrsträger

333 schaffen wir durch das Bonus-Malus-Konzept, im Steuerrecht und durch gezielte
Förderung die

334 Möglichkeiten, um auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen.

335 **(3) Klimaschutz einen rechtlichen Rahmen geben**

336 Bisher hat der Bundestag das Pariser Klimaabkommen zwar ratifiziert, der zugleich
337 erforderliche verbindliche nationale Beitrag ist bisher im Rahmen des
Klimaschutzberichtes
338 lediglich eine Absichtserklärung, der es an Verbindlichkeit fehlt – nicht nur gegenüber
dem
339 UN-Klimasekretariat, sondern auch mit Blick auf die rechtsverbindliche
Planungssicherheit im
340 nationalen Kontext. Daher muss die Bundesregierung bis zum UN-Gipfel im September
in New
341 York ein Klimaschutzgesetz als rechtlichen Rahmen für die deutsche Klimapolitik mit
einem
342 alle Sektoren umfassenden Maßnahmenpaket vorlegen.

343 Senken wir nicht unsere Emissionen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und
Landwirtschaft bis
344 2030 wie in der Gemeinschaft der Europäischen Staaten zugesagt, drohen immense
Kosten für
345 den Ankauf von Verschmutzungsrechten. Bis 2030 stehen dann 30 bis 60 Milliarden
Euro im
346 Feuer. Schon jetzt hat die Bundesregierung hunderte Millionen Euro in der
Haushaltsplanung
347 dafür vorgesehen. Sinnvoll wäre es, das Geld in Klimaschutz bei uns investieren. So
schaffen
348 wir mehr Lebensqualität durch besseren Verkehr und wärmere Wohnungen genauso
wie mehr Arbeit
349 und Wohlstand durch Investitionen in Deutschland.

350 Klimaschutzbilanzen und -pläne liegen in vielen Kommunen vor, werden aber nicht
oder nur in
351 Teilen umgesetzt. Die Kopplung von Umlagen und Zuschüssen an den CO2
Minderungszielen auf
352 lokaler Ebene würde eine immense Entwicklung vorantreiben. Es sind oft die
Gemeinden, die
353 entscheiden, welche CO2-Minderungschancen als erste ergriffen werden.

354 Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem
verbindlichen
355 Monitoring der Maßnahmen und Ergebnissen sowie verankerten
Korrekturmechanismen bei
356 Zielverfehlung, können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad beim Klimaschutz
kommen.
357 Durch ein solches Klimaschutzgesetz werden auch endlich Verbindlichkeiten innerhalb
der
358 jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben. Denn das
Erreichen der
359 Klimaschutzziele kann nicht länger allein beim Bundesumweltministerium liegen,
sondern muss
360 als Querschnitt der Regierung auch die Ministerien, welche zuständig sind für Verkehr,
361 Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft, in die Pflicht nehmen. Die Zielsetzung einer
362 klimaneutralen öffentlichen Verwaltung muss ebenfalls in diesem Rahmengesetz
festgelegt

363 werden. Wir Grüne werden Klimaschutzklagen dritter zudem inhaltlich und
364 finanziell unterstützen oder sie sogar selber führen.

365 Klimaschutzbilanzen liegen bei sehr vielen Kommunen vor, werden aber nicht oder nur
in
366 Teilen umgesetzt. Die Kopplung von Umlagen und Zuschüssen an den CO2
Minderungszielen auf
367 lokaler Ebene würde eine immense Entwicklung vorantreiben. Es sind oft die
368 Gemeinden/Kommunen, die entscheiden müssen, welche CO2 Minderungen als erstes
angegangen
369 werden sollen.

370 **Konkretisierende Maßnahmen zum Klimaschutzgesetz**

371 **Im Gebäudebereich**

372 Rund ein Drittel der gesamten CO2-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich.
Ohne
373 erhebliche Anstrengungen in diesem Bereich sind demzufolge sämtliche Klimaziele bis
2050
374 Makulatur. Gleichzeitig weist insbesondere der Baubereich ein besonderes träges
375 Umsteuerungsverhalten auf, da hier sehr lange Investitionszyklen von ca. 30 Jahren
bestehen.
376 Soll also das erklärte und notwendige Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands
(Ziel
377 Bundesregierung 2050; Ziel Grüne spätestens 2040) erreicht werden, ist ein sofortiges
378 Umsteuern erforderlich – auch um nicht heute falsche Investitionsentscheidungen zu
treffen,
379 die vor Ablauf der Lebensdauer der Investition durch neuerliche Sanierung entwertet
werden.

380 Da der Großteil des in Zukunft genutzten Gebäudebestandes bereits gebaut ist,
kommt der
381 Sanierung eine besondere Bedeutung zu. Hierfür braucht es ordnungsrechtliche und
382 anreizorientierte Komponenten. Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt
zugleich nur
383 dann, wenn er sozial ist, d.h. dass Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben. Drei
Maßnahmen, die
384 sofort begonnen werden können, sind deshalb von besonderer Bedeutung:

385 1. Förderprogramm Faire Wärme: Mit einer Innovationsoffensive für die besten Klima-
386 Investitionen in Gebäude und Wohnungen unterstützen wir selbstnutzende
Eigentümer*innen,
387 Vermieter*innen sowie Mieter*innen. Wir helfen, zu tragbaren Kosten Zukunft zu
gestalten und
388 Klimaschutz gemäß der Ziele von Paris für alle zu ermöglichen. Dafür wollen wir im
Rahmen
389 des Programms „Faire Wärme“ zusätzlich Mittel für gute Planung, Investitionen und
390 Bezahlbarkeit bereitstellen. Dieses zukunftsweisende Förderprogramm kann durch den
Abbau
391 umweltschädlicher Subventionen finanziert werden.

392 Die derzeitigen Mittel für erneuerbare Wärme, energetische Sanierung und
Infrastruktur für

393 die Wärmeversorgung müssen dazu verdoppelt und die Antragsverfahren vereinfacht
werden,
394 damit die Förderung gezielt wirkt. Die Kosten für Bauen, Sanieren und Wohnen müssen
395 klimaverträglich und fair für alle verteilt werden. Neben der Klima-Modernisierung
396 öffentlicher Gebäude setzen wir u.a. auf gemeinschaftlich geplante
Sanierungsprojekte. Wir
397 unterstützen damit die Kommunen in der örtlichen Wärme- und Sanierungsplanung
und
398 erleichtern die erneuerbare Energieversorgung durch eine moderne und gut vernetzte
399 Infrastruktur. Im Rahmen einer Quartiersförderung wollen wir warmmietenneutrale
Sanierungen
400 für Mieter*innen mit kleinem Einkommen ermöglichen. Ergänzend führen wir einen
Klimazuschuss
401 ein, damit sich auch die Empfängerinnen von Wohngeld klimafreundliche Wohnungen
leisten
402 können.

403 2. Steuerliche Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden: Die bereits 2011
zwischen
404 Bundesregierung und Bundesrat verhandelte steuerliche Förderung als Anreiz für
energetische
405 Sanierung wollen wir endlich umsetzen. Gerade private Eigenheimbesitzer*innen
benötigen
406 steuerliche Anreize zur Gebäudesanierung. Der Steuerbonus muss klimapolitisch
wirksam
407 ausgestaltet sein. Es dürfen darum nur Maßnahmen gefördert werden, die
nachweislich auf dem
408 vom Pariser Abkommen vorgegeben Minderungspfad liegen. Durch eine
progressionsunabhängige
409 Abschreibung müssen alle gleichermaßen davon profitieren, und die
Sonderabschreibung muss
410 analog zur KfW-Förderung ausgestaltet sein.

411 Dieser Bereich ist für die Erreichung der Klimaziele von großer Bedeutung, er ist aber
auch
412 ein Konjunkturprogramm für unser Handwerk und den Mittelstand. Wir fordern daher
die
413 Bundesregierung auf, den Ball noch einmal aufzugreifen. Klar muss sein, dass die
Kommunen
414 nicht auf den Kosten der steuerlichen Förderung sitzen bleiben dürfen. Die
Bundesregierung
415 sollte lieber in dieses Projekt investieren als in Strafzahlungen für die Nichteinhaltung
416 der Klimaziele.

417 3. Effizientes Gebäude-Energie-Gesetz / Erneuerbare Wärme Neben Anreizen bedarf es
auch
418 klarer ordnungsrechtlicher Vorgaben für den Gebäudebestand. Mit dem Erneuerbare-
Wärme-Gesetz
419 (EWärmeG) hat Baden-Württemberg eine Blaupause für den Bund geschaffen. Es
verpflichtet die
420 Eigentümer*innen bestehender Wohn- und Nichtwohngebäude erneuerbare Energien
einzusetzen,

421 sobald sie ihre Heizungsanlage austauschen. Die Wirkung des EWärmeG wurde Ende
2018
422 evaluiert: Es war sehr erfolgreich und hat über die Einsparung durch den eigentlichen
423 Heizungstausch hinaus zu einer jährlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen um
110.000 bis
424 170.000 t CO₂ pro Jahr geführt. Heute werden in Baden-Württemberg mehr
Erneuerbare Energien
425 im Wärmesektor eingesetzt als in jedem anderen Bundesland.

426 Für den Neubau von Gebäuden ist hingegen eine Anpassung der bestehenden
Energievorgaben auf
427 den Passivhaus-Standard anzustreben, wir freuen uns über jedes Plus-Energiehaus.
Legt man
428 eine Betrachtung der Lebenszykluskosten anstelle einer rein auf die Kapitalkosten
429 orientierten Betrachtung des Wirtschaftlichkeitsbegriffs zugrunde, so relativieren sich
die
430 erhöhten Investitionskosten erheblich. Dies wird durch die Einführung des
vorgeschlagenen
431 Instruments eines CO₂-Preises zusätzlich verstärkt.

432 **Im Verkehrsbereich**

433 Deutschland braucht möglichst schnell eine Verkehrswende. Das Versagen der
Bundesregierung
434 ist in diesem Bereich besonders eklatant, denn seit Jahren steigt der CO₂-Ausstoß,
statt zu
435 sinken. Dass die Verkehrswende nicht vorangebracht wurde, mindert die
Lebensqualität der
436 Bürger*innen. Die Straßen sind dreckig, laut und verstopft. Das muss sich ändern.
Deshalb
437 wollen wir uns von den fossilen Verbrennern verabschieden. Inzwischen gibt es aus der

438 Automobilindustrie deutliche Signale, dass das verstanden wird. Hinzu kommt, dass
wir die
439 Bahn stärken und konkurrenzfähig machen müssen, so dass der Umstieg von Fliegern
–
440 insbesondere auf der Kurz- und Mittelstrecke – auf die Schiene möglich wird. Wir
wollen eine
441 intelligent aufeinander abgestimmte Mobilität zwischen abgasfreiem Auto,
elektromobiler Bahn
442 und ÖPNV, Rad- und Fußverkehr auf den Weg bringen, die auch erschwinglich ist.

443 Drei Bereiche sind deshalb besonders wichtig:

444 (A) Weg vom fossilen Verbrenner – Förderung der E-Mobilität

445 Der Umstieg auf klimaschonende Antriebe ist zentral für den Klimaschutz. Und er ist
446 entscheidend, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu sichern. Wir fordern
unabhängig davon
447 ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, weil dies dem Klima, dem Lärmschutz
und der
448 Sicherheit dient. Weltweit wird gerade das Auto neu erfunden – die Ära des fossilen
449 Verbrennungsmotors geht unweigerlich zu Ende. Die Zukunft der deutschen
Automobilindustrie

450 entscheidet sich daran, ob sie bei dieser Veränderung doch noch vorne mit dabei ist.
 451 Deutschland hat dafür weltweit mit die besten Ingenieur*innen. Nun braucht es
 politisch
 452 einen ehrgeizigen Rahmen, der ein planbares Ende des fossilen Verbrennungsmotors
 schafft
 453 sowie die notwendige Förderung dieser Umstellung.

454 • Dafür muss erstens die Ladeinfrastruktur massiv ausgebaut werden. Dies muss
 sowohl
 455 öffentliche als auch private Ladestationen umfassen. Hierzu braucht es mehr
 öffentliche
 456 Investitionen, bürokratische Hürden im Miet- und Wohneigentumsrecht müssen
 abgebaut und eine
 457 Mindestquote von Ladepunkten an Stellplätzen eingeführt werden.

458 • Zudem müssen wir nun den Markthochlauf von E-Autos befördern. Die erfolglose
 Kaufprämie
 459 der Bundesregierung wollen wir durch ein Bonus- Malus-System in der Kfz-Steuer
 ersetzen. Das
 460 heißt: Rein elektrische Fahrzeuge sollen eine Gutschrift erhalten, während
 Spritschlucker
 461 stärker an den ökologischen Kosten beteiligt werden. Dieses Bonus-Malus-System ist
 sozial
 462 gerecht und kann ökologisch lenken. Zugleich wollen wir das Dienstwagenprivileg
 beenden.

463 • Wir wollen zudem den Umstieg von gewerblichen Flotten, z.B. von Handwerkern oder
 464 Pflegediensten, beschleunigen. Hierfür gilt es auf der einen Seite endlich die vom
 Bundesrat
 465 schon lange geforderten Sonderabschreibungen im Steuerrecht zu verankern. So
 befördern wir
 466 den Flottenhochlauf und sorgen für einen attraktiven Gebrauchtwagenmarkt, von dem
 alle
 467 Autokäufer profitieren können. Aber auch Mittel der direkten Förderung sind
 erforderlich.

468 (B) Einführung eines Mobilpasses / Förderung ÖPNV

469 Bus und Bahn brauchen kräftigen Rückenwind, damit noch mehr Menschen umsteigen.
 Zuverlässig,
 470 schnell und preisgünstig auf einem engmaschigen Nahverkehrsnetz – so stellen wir
 uns
 471 Elektro-Busse, Straßenbahnen und die Bahn von morgen vor. Wir wollen insbesondere
 die
 472 Chancen der Digitalisierung nutzen und alle öffentlichen Verkehrsangebote verbinden
 und mit
 473 einer einzigen Smartcard oder App nutzbar machen – dem grünen MobilPass. Den
 klassischen
 474 ÖPNV vernetzen wir mit neuen Mobilitätsdienstleistungen wie Car-, Bike- und
 Ridesharing. Mit
 475 dem grünen MobilPass erfolgt die Abrechnung automatisch und einheitlich. Begleitend
 dazu

- 476 wollen wie die Aufwendungen für Bus und Bahn durch die öffentliche Hand rasch verdoppeln.
- 477 (C) Bahn attraktiver machen als Fliegen
- 478 Bei der Wahl des Verkehrsmittels entscheiden die Bürgerinnen und Bürger vor allem anhand der
- 479 Kriterien Kosten, Komfort und Reisezeiten. Deshalb ist es unser Ziel, klimafreundliche
- 480 Verkehrsmittel wie die Bahn attraktiver zu machen und so die Menschen zum Umsteigen zu
- 481 bewegen. Wir wollen, dass mehr Menschen die Bahn nehmen und weniger den Flieger. Ein erster
- 482 und wichtiger Schritt ist, den Steuernachteil der Bahn gegenüber dem Flugverkehr endlich zu
- 483 beseitigen. Dafür wollen wir eine Kerosinbesteuerung mindestens auf Inlandsflügen einführen
- 484 und mit diesen Mitteln den Mehrwertsteuersatz auf Bahntickets absenken.
- 485 Außerdem braucht es ein besseres Netz von Schnellzügen und ein breites Angebot an Nachtzügen
- 486 in Deutschland und Europa. Die Investitionen des Bundes in das Schienennetz müssen
- 487 kurzfristig verdoppelt, mittelfristig vervierfacht werden. Bis 2035 sind nahezu alle
- 488 Strecken zu elektrifizieren oder die alten Diesel-Loks durch emissionsfreie Antriebssysteme
- 489 zu ersetzen. Und auf den großen Bahnsteigüberdachungen wünschen wir uns gerade von dem
- 490 großen Energieverbraucher DB möglichst viele Photovoltaikanlagen.
- 491 (D) Für die Ausweitung der Mobilitätswende auf LKW, Flugzeuge und Schiffe!
- 492 Die Europäische Kommission hat eine Strategie für emissionsfreie Mobilität vorgelegt und der
- 493 Bundesrat hat sich wie wir GRÜNE dafür ausgesprochen, ab dem Jahr 2030 nur noch PKW neu
- 494 zuzulassen, die nicht fossile Energien verbrennen. Die ökologische Modernisierung des
- 495 Verkehrssektors und der Ausbau von Bus, Bahn, Mitfahrzentralen und Carsharing sind große
- 496 Chancen für Unternehmen und Beschäftigte, für Verbraucher*innen und deren ökologische
- 497 Rucksäcke, für Klima, Umwelt und Gesundheit. Wir erkennen, dass Unternehmen außerhalb von
- 498 Deutschland und Europa die Nase beim Thema emissionsfreie Mobilität und bei Innovationen
- 499 vorn haben.
- 500 Daher schlagen wir GRÜNE vor, schon jetzt auch für LKW, Busse, Baumaschinen, Nutzfahrzeuge,
- 501 Schiffe, Traktoren, Hubschrauber und Flugzeuge verbindliche Schritte zu erneuerbaren
- 502 Antrieben zu vereinbaren. Dadurch haben Mittelstand und Industrie die Möglichkeit, sich
- 503 frühzeitig auf entsprechende Entwicklungen einzustellen und nicht von diesen überlaufen zu
- 504 werden. Der Ausstieg aus der klimafeindlichen und gesundheitsschädlichen

Verbrennung

505 fossiler Rohstoffe ist auch in diesen Bereichen technisch machbar, er ist klimapolitisch
506 unerlässlich und industriepolitisch enorm wichtig für ganz Europa.

507 **Wir setzen auf jährlich angepasste Zulassungsquoten zur schrittweisen
508 Reduzierung der**

508 **fossilen Mobilität mit dem Ziel, dass LKW, Busse, Baumaschinen,
509 Nutzfahrzeuge, Traktoren und**

509 **Schiffe spätestens ab dem Jahr 2032 nur noch mit erneuerbaren Antrieben
neu zugelassen**

510 **werden.** Hintergrund dafür ist auch die Lebenserwartung der Fortbewegungsmittel:
Liegt diese

511 beispielsweise bei für Schiffe niedrig angesetzten 25 Jahren, so würden im Jahr 2032 in

512 Betrieb genommene Schiffe noch bis zum Jahr 2057 laufen und dabei klima- und
513 gesundheitsschädliches Schweröl verbrennen. Länger geht nicht, wenn noch etwas Eis
an den

514 Polen und Gletschern übrig bleiben und der Meeresspiegelanstieg zumindest
verlangsamt werden

515 soll.

516 Wir setzen uns dafür ein, dass spätestens ab 2040 ausschließlich Schiffe mit
erneuerbaren

517 Antrieben deutsche Binnengewässer befahren dürfen, diese Regelung kann gerne
europaweit

518 übernommen werden. In allen Häfen sind die Schiffe durch Landstromanschlüsse mit
519 Elektrizität zu versorgen. Schweröl ist deutlich höher zu besteuern.

520 **Jährlich angepasste Zulassungsquoten sollen dafür sorgen, dass spätestens
ab 2035 Flugzeuge**

521 **und Hubschrauber nur noch erneuerbar betrieben neu zuzulassen werden.**

Schließlich wäre es

522 auch in diesem Bereich etwa durch erneuerbar erzeugten Wasserstoff oder nachhaltig
523 produziertes Bio-Kerosin möglich, sich klimafreundlicher fortzubewegen als dies bisher
bei

524 der fossilen Kerosin-Verbrennung der Fall ist. Liegt die Nutzungszeit der Flugzeuge
525 beispielsweise bei 20 Jahren, so würden im Jahr 2035 in Betrieb genommene fossile
Flugzeuge

526 noch bis zum Jahr 2055 klima- und gesundheitsschädlich fliegen. Länger geht nicht,
wenn noch

527 einige Korallen in den überhitzten Meeren und möglichst viele Tierarten übrig bleiben

528 sollen. Erneuerbare Treibstoffe sind zertifiziert nachhaltig herzustellen und zu
verwenden.

529 **Um Ausflagungen und Umgehungen zu verhindern, streben wir gerade
hinsichtlich der vielen im**

530 **internationalen Verkehr eingesetzten Schiffe und Flugzeuge eine Regelung
auf europäischer**

531 **Ebene an.**

532 Die Zulassung im Luftverkehr wird ohnehin von der EASA als Flugsicherungsbehörde
der

533 Europäischen Union geregelt. Wir Grüne gehen mit der schrittweisen Ausweitung der
sauberen

534 Mobilität vom PKW auf LKW, Busse, Baufahrzeuge, Schiffe, Hubschrauber und
 Flugzeuge nur den
 535 nächsten logischen Schritt für Klima-, Arten-, Lungenschutz und nachhaltige
 Arbeitsplätze.

536 **In der Landwirtschaft**

537 Die Agrarproduktion ist für ca. 15% der anfallenden CO₂-Äquivalente in Deutschland
 538 verantwortlich. Zugleich ist die Landwirtschaft einer der Bereiche, die am härtesten
 unter
 539 der Klimakrise leiden. Im Durchschnitt der letzten 15 Jahre mussten Bäuerinnen und
 Bauern
 540 nach Zahlen des UBA durchschnittliche jährliche Ertragsausfälle von ca. 470 Millionen
 Euro
 541 verkraften – infolge von Wetterextremen wie Dürre, Hagel und Starkregen. Dabei ist
 der
 542 Dürresommer 2018 noch gar nicht eingerechnet. Klar ist, dass eine vollständig
 emissionsfreie
 543 Landwirtschaft nicht möglich ist. Dennoch muss auch hier bis 2050 die Hälfte der
 Emissionen
 544 eingespart werden, um durch das Pariser Klimaabkommen für 2050 vorgegeben
 Minderungspfad der
 545 Emissionen von mindestens 95 Prozent zu erreichen. Der viel zu hohe Tierbesatz, die
 damit
 546 verbundenen immensen Güllemengen, der Einsatz mineralischer Düngemittel, der
 humuszehrende
 547 intensive Ackerbau und die Entwässerung von Mooren, kurz die agroindustrielle
 548 Produktionsweise, hat eben nicht nur Tierleid, Gewässerverschmutzung und die
 Entwertung von
 549 Böden zur Folge, sondern schädigt auch unser Klima.

550 Um das Ruder herumzureißen, muss die Agrarpolitik der Bundesregierung ab sofort
 eine
 551 Landwirtschaft unterstützen, die mit und nicht gegen die Natur arbeitet:

552 • Die EU-Agrarförderung in Höhe von ca. 60 Mrd. Euro pro Jahr muss an eine
 klimafreundliche
 553 Produktion gekoppelt werden.

554 • Der viel zu hohe Tierbestand muss verringert werden. Dazu haben wir in einem Pakt
 für
 555 Faire Tierhaltung ganz konkrete Maßnahmen wie eine Bindung der Tierhaltung an die
 Fläche,
 556 bessere Tierschutzstandards, eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung sowie
 557 Förderprogramme zur Umstellung vorgelegt, mit deren Umsetzung die
 Bundesregierung sofort
 558 beginnen kann und muss.

559 • Um die Gülleflut und die Überdüngung durch zu viel Mineraldünger zu stoppen (und
 um enorme
 560 Strafzahlungen an die EU zu vermeiden), muss die Bundesregierung jetzt endlich die
 Vorgaben
 561 der EU-Nitratrictlinie erfüllen.

- 562 • Mit einem Stopp von Grünlandumbrüchen und einer Förderung der Regeneration von
Moorböden
563 kann umgehend eine stärkere Kohlenstoffbindung der Böden erreicht werden
- 564 **Bäume pflanzen!**
- 565 Bäume sind unsere gewachsenen Verbündeten, wenn es darum geht, CO2 zu binden.
Auch ein Teil
566 der menschengemachten Emissionen kann so gebunden werden. Daher sollten ab
sofort mindestens
567 0,5% des Bundeshaushaltes in Programme zur globalen Baumpflanzung fließen. Diese
Mittel in
568 Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr sollen für Baumpflanzungs-
Initiativen z.B.
569 entlang von Feldwegen und zusätzliche Naturwaldflächen in Deutschland genutzt
werden, aber
570 auch zu Baumpflanzungs-Initiativen in anderen Ländern und Regionen unserer Welt,
denn unser
571 Klima hält sich nicht an Grenzen.

Begründung

„Vor dem Hintergrund des im Jahr 2015 im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziels, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu beschränken, sprechen die Forscher eine Warnung aus. Sollte die Erwärmung tatsächlich auf zwei Grad ansteigen, wäre die Lebensgrundlage von bis zu 500 Millionen Menschen weltweit bedroht - unter anderem durch Wassermangel und durch die Ausdehnung von Wüsten.“

<https://www.tagesschau.de/ausland/bericht-weltklimarat-101.html>

weitere Antragsteller*innen

Nico Paulus (Rastatt/Baden-Baden KV); Johannes Mihram (Berlin-Mitte KV); Dietmar Günther (Dresden KV); Baukje Dobberstein (Hannover RV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Jens Polster (Celle KV); Frank Schumacher (Kiel KV); Sira Berkhan (Karlsruhe-Land KV); Karin Kahlbrandt (Göttingen KV); Julian Breitschwerdt (Karlsruhe-Land KV); Marcel Kühle (Mainz KV); Stefan Galle (Herford KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Thomas Behr (Lüneburg KV); Andreas Strozewski (Freyung-Grafenau KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Wolfgang Denzler (Hamburg-Wandsbek KV); Rüdiger Tonojan (Emmendingen KV); sowie 5 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.